

## Pressekonferenz zum GBW-Verkauf

### Hintergrund

- 2013 Verkauf von knapp **33.000 GBW-Wohnungen** durch die BayernLB an ein Konsortium von **27 Investoren** unter Federführung des Augsburger Wohnungsbaukonzerns Patrizia Immobilien AG
- Kaufpreis: **882 Millionen Euro**

### Folgen für die damaligen Mieterinnen und Mieter

- **Mieterhöhungen** um bis zu rund 40 Prozent
- **Umwandlung** von Mietwohnungen in Eigentumswohnungen
- **Weiterverkauf** der Wohnungen an Dritte

### Offene Fragen

- **War der Verkauf** der staatlichen GBW-Wohnungen tatsächlich **alternativlos**? Wurde er so von der **EU-Kommission** angeordnet?
- Warum gingen die Wohnungen nicht an die **öffentliche Hand**?
- Warum wurden die in diesem Zusammenhang gestarteten **Ermittlungen**, die sowohl das bayerische Landeskriminalamt als auch der Zoll für „dringend notwendig“ erachteten und an dem auch das Bundeskriminalamt beteiligt war, ergebnislos **eingestellt**?
- In welchem Umfang war der damalige **Finanzminister Markus Söder** in die Vorgänge rund um den Immobilienverkauf involviert?

### Forderung der Oppositionsfraktionen

- Vollumfängliche **Aufklärung und Transparenz**
- Vorbereitung einer **parlamentarischen Untersuchung**

### Hintergrund GBW und Sozialcharta:

Die Gemeinnützige Bayerische Wohnungsgesellschaft (GBW) wurde 1936 als Baugenossenschaft gegründet. Bis zu ihrem Verkauf im Jahr 2013 bot sie etwa **85.000 Menschen** bezahlbaren Mietraum. Jede dritte Wohnung aus dem GBW-Bestand wurde öffentlich gefördert, die meisten liegen in **Ballungsgebieten in München, Nürnberg oder Regensburg**. 2013 gehörte die GBW zu knapp **92 Prozent** der Bayerischen Landesbank.

Mit Verkauf der GBW-Aktienanteile der Bayerischen Landesbank im Jahr 2013 hatten sich die Käufer einer „Sozialcharta“ unterworfen, die das vermeintliche Ziel verfolgte, die Bestandsmieterinnen und -mieter über das gesetzliche Maß hinaus zu schützen. Finanzminister Söder pries die Charta sogar als „**Sozialcharta XXL**“ an. Nach Meinung vieler Kritiker wurde sie hingegen wegen ihrer viel zu kurz greifenden, nicht einzelvertraglich abgesicherten Regelung zu einer „Sozialcharta XXS“.

Denn für die teils drastischen Mieterhöhungen nutzte die Patrizia AG eine Vertragsklausel in der Charta, wonach sich die vereinbarte maximale Mieterhöhung lediglich auf einen bayernweiten Durchschnittswert bezieht. Damit sind auf angespannten Wohnungsmärkten sehr wohl Mieterhöhungen von weit über 30 Prozent möglich, wenn diese durch moderate Mieterhöhung auf weniger angespannten Wohnungsmärkten kompensiert werden.

Fazit: Die von Finanzminister Söder ausgegebenen Beruhigungsparen des Jahres 2013 sind für die – wirtschaftlich schwachen – Mieter der ehemaligen GBW-Wohnungen nichts wert. Im Gegenteil: Sie sind die Verlierer eines dubiosen politischen Spiels.

### Pressekontakt:

Der Pressesprecher der **FREIE WÄHLER** LANDTAGSFRAKTION im Bayerischen Landtag  
Dirk Oberjasper, Maximilianeum, 81627 München  
Tel.: +49 (0) 89 / 41 26 – 29 41, [Dirk.Oberjasper@FW-Landtag.de](mailto:Dirk.Oberjasper@FW-Landtag.de)